

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924

12.4.1924 (No. 88)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur E. A. M. v. d. Karlsrufer

Expedition: Karlsruhe, Straße Nr. 14
Fernsprecher: Nr. 953 und 954
Postkonten: Karlsruhe Nr. 2515

Wegpreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,60 Goldmark. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Element Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreder Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Nachrichten und Kontroversen fallen der Redaktion frei. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder telephonischer Abwesenheit von Redigieren wird keine Gewähr übernommen. Abwesenheit der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. Unerwünschte Zuschriften werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Ein neuer Wirtschaftskrieg im Saargebiet

Von H. Keller-Madolszell

Am saarländischen Wirtschaftshimmel haben sich aufs neue schwere Wetterwolken zusammen. Mit schwerer und ernster Beforgnis steht nämlich nicht nur die saarländische, sondern die gesamte deutsche Wirtschaft dem 10. Januar 1925 entgegen, dem Tag, an dem das Saargebiet, eine wirtschaftliche Schlagader Deutschlands, bis zum Jahre 1935, dem Abstimmungsjahr, auch wirtschaftlich von Deutschland losgelöst werden soll. Es sind nicht nur einige Wirtschaftskreise, die unter den Folgen dieser Zollabschnürung zu leiden haben werden, nicht nur Industrie und Handel, sondern die ganze saarländische Bevölkerung wird davon betroffen. Aufs neue ist es der Machtpruch des Versailleser Friedensvertrages, dessen Ausführung die Saarbevölkerung einer äußerst trüben und gefährlichen Zukunft entgegenführt.

Nach Inkrafttreten des Friedensvertrages wurde das Saargebiet zunächst nur politisch vom deutschen Mutterland getrennt, die alten Wirtschaftsbeziehungen zu Deutschland blieben erhalten. Nach wie vor können deutsche Waren zollfrei ins Saargebiet eingeführt werden, saarländische Erzeugnisse ohne Zollbelastung ihren Weg nach Deutschland nehmen. Zwar ist durch die Fälle kleinlicher umständlicher Formalitäten eine beträchtliche Erschwerung der saarländischen Beziehungen zu Deutschland eingetreten, aber diese brachten wenigstens nicht abgebrochen zu werden. Durch den Friedensvertrag hat die zollpolitische Lage des Saargebietes zunächst nur insofern eine Änderung erfahren, als auch französische Waren zollfrei in das Saargebiet eingeführt werden können, während gleichzeitig saarländische Erzeugnisse, sofern in ihnen saarländische Rohstoffe verkörpert sind, ohne Zollbelastung nach Frankreich ausgeführt werden können. Da jedoch die zollfrei ins Saargebiet eingeführten deutschen Waren bei einem Weiterverkauf nach Frankreich verzollt werden müssen, blieb an der saarländisch-lothringischen Grenze noch eine Zollperre bestehen.

Bis zum 10. Januar 1925 ist diese zollpolitische Lage im Friedensvertrag vorgesehen. Dann tritt eine tief in das gesamte saarländische Wirtschaftsleben einschneidende Änderung ein. Deutsche Waren werden dann bei ihrem Eingang in das Saargebiet mit den außerordentlichen hohen Zögen des französischen Generaltarifs belastet werden. Die nach Deutschland auszuführenden saarländischen Erzeugnisse werden bei ihrem Eingang in Deutschland mit den deutschen Zöllen belegt. Wie hoch die sich stellen werden, ist z. Bt. noch ungewiß. Am gleichen 10. Januar 1925 läuft nämlich für Deutschland die einseitige Meißbegünstigung ab, die es nach dem Friedensvertrag allen Ententestaaten gewähren mußte. Damit erhält Deutschland seine handelspolitische Bewegungsfreiheit wieder, und es ist deshalb damit zu rechnen, daß zu diesem Zeitpunkt ein neuer deutscher Zolltarif in Kraft treten wird, zu dem die Vorbereitungen bereits im Gange sind. Sowiebald ist jedenfalls gewiß, daß die neuen Zollsätze, gerade für die franz. Einfuhr — die saarländische Einfuhr wird ja dann dieser gleichgestellt — nicht gering sein werden, solange sich Frankreich durch die Anwendung des Generaltarifs gegen die Einfuhr deutscher Waren sperrt. Andererseits wird die Einbeziehung des Saargebietes in das französische Zollgebiet bedeuten, daß zwischen Frankreich und dem Saargebiet in Zukunft ein freier Verkehr herrschen wird, daß also die Zollschranke an der saarländisch-lothringischen Grenze in Wegfall kommen wird.

Diese Änderung der zollpolitischen Lage bedeutet zunächst für die saarländische Industrie den Verlust des deutschen Absatzgebietes, denn die Zollbelastung beim Eingang nach Deutschland wird dazu führen, daß saarländische Waren in Deutschland nicht mehr konkurrenzfähig sein werden. Andererseits ist Frankreich nicht in der Lage, seinerseits die saarländischen Industrieprodukte aufzunehmen, es kann der Industrie keinen Ersatz für den Verlust ihrer wichtigen deutschen Absatzgebiete schaffen. Betrachtet man die einzelnen saarländischen Wirtschaftszweige unter Berücksichtigung der drohenden Zollabschnürung, so ergibt sich überall das gleiche Bild. Die **Schwerindustrie** war bisher durchweg auf den Eisenverkauf nach Deutschland angewiesen. Versucht sie nun, sich auf den Absatz nach Frankreich umzustellen, dann wird sie auf große Schwierigkeiten stoßen; im Konkurrenzkampf mit der lothringischen Industrie wird sie deshalb benachteiligt sein, weil

diese starklich für Frankreich eine viel günstigere Lage hat. Außerdem ist zu bedenken, daß Frankreichs Eisenerzeugung durch die Folge des Friedensvertrages eine solche Steigerung erfahren hat, vor allem durch den Erwerb der lothringischen Eisenindustrie, daß es nicht in der Lage ist, das im eigenen Land erzeugte Eisen zu verarbeiten. Umso mehr wird der saarländische Eisenerzeuger als lästige Konkurrenz empfunden werden. Zu der weiter verarbeitenden Industrie liegen die Verhältnisse durchaus ähnlich. Auch hier ist Deutschland bisher Hauptabnehmer, auch hier wird Frankreich nicht gewillt sein, das in der Lage sein, saarländische Erzeugnisse in größerem Umfang aufzunehmen. Besonders erschwerend fällt noch ins Gewicht, daß namentlich in der Kleinindustrie sehr viel nach deutschen Normen gearbeitet wird, die in Frankreich nicht gebraucht werden können. Auch für die **Glas- und Keramische Industrie** liegen die Verhältnisse denkbar trostlos. Fast die ganze Erzeugung wurde in Friedenszeiten in Deutschland abgesetzt. Auch hier kann Frankreich als Abnehmer in größerem Umfang nicht in Frage kommen, weil es selbst über eine gut ausgebaute, modern eingerichtete Glas- und Keramische Industrie verfügt. Die saarländische und saarpfälzische **Brauindustrie** wird nach Verlust des deutschen Absatzgebietes erst recht nicht an einen Absatz nach Frankreich denken können, denn in Frankreich tritt der Bierverbrauch gegenüber dem starken Weinverbrauch sehr zurück, und für die Versorgung Lothringens mit Bier bestehen dort schon genügend französische Brauereien. Für den saarländischen Handel dürfte sich folgende Lage ergeben: Die hohe Zollbelastung beim Warenbezug aus Deutschland wird es ihm unmöglich machen, seinen Warenbedarf in nennenswertem Umfang nach in Deutschland zu decken, da die deutschen Waren allzusehr verteuert werden. Er wird gezwungen sein, die alten, ihm lieb gewordenen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zu Deutschland abzubrechen, um sich mehr oder weniger ganz auf den Warenbezug aus Frankreich umzustellen. Es wird daher unermesslich sein, daß er seine ganzen Handelsbeziehungen nach dem Westen umstellt. Daß sich dabei eine Fülle von Schwierigkeiten ergeben und Reibungen nicht vermieden werden können, liegt auf der Hand. Für den Verbraucher wird diese Umstellung die unangenehme Folge haben, daß er sich auf den französischen Geschmack einstellen muß.

Alles in allem genommen, erwachsen dem Saargebiet aus der Umstellung seiner Wirtschaft nach dem Westen eine ganz erhebliche Menge von Nachteilen und Gefahren, auch bezüglich seines Wohlstandes und der Abstimmung 1935, denen keinerlei wirtschaftliche Vorteile gegenüberstehen. Ja, es können dem Wirtschaftsleben durch noch ernstere Folgen entstehen, die nicht ohne Rückwirkung auf die ganze Bevölkerung bleiben werden. Wenn es z. B. der Industrie nicht gelingt, als Ersatz für den ausfallenden deutschen Markt neue Absatzgebiete in anderen Ländern ausfindig zu machen, so wird sich eine größere **Arbeitslosigkeit** nicht vermeiden lassen, und was dort für die Betroffenen im Saarland und das schon ohnedies dort schwer niederliegende Wirtschaftsleben bedeutet, braucht wohl nicht mehr ausgeführt zu werden. Schon jetzt steht die saarländische Wirtschaft mitten in diesem, ihm schließlich die Kehle zuschnürenden Umstellungsprozeß, denn schon jetzt ist der Warenbezug aus Deutschland sehr erschwert. Die Kontingentierung des Warenbezugs aus Deutschland hat zu einer Fülle von Reibungen geführt, so daß viele Firmen infolge des schwerfälligen Arbeitens der Einfuhrkontrollstelle nicht in der Lage sind, die erforderlichen Papiere zur Tätigung des zollfreien Bezuges aus Deutschland zu erlangen. Die hohe Preisgestaltung in Deutschland hat ein übriges dazu getan, daß die saarländischen Firmen schon jetzt sich in großem Ausmaß nach neuen Bezugsquellen in Frankreich umsehen müssen. Das ist eine wirtschaftliche Notwendigkeit, wenn nicht nach der Zollabschnürung Hemmnungen in der saarländischen Warenversorgung eintreten sollen.

So sind die wirtschaftl. Zukunftsaussichten unter dem, die **Annektionsabsichten Frankreichs** auf das Saargebiet nurmehr schlecht verhüllenden Druck der „friedlichen französischen Durchdringung“ ungemein trostlos. In einer Zeit, in der die Wirtschaft mehr oder weniger alles bedeutet, muß sich das Herausreißen eines Wirtschaftsgliedes aus seinem natürlichen Wirtschaftsorganismus viel verhängnisvoller auswirken, als eine vorübergehende, politische Abtrennung. Ob es gelingen wird, die Schäden dieser Umstellung zu mildern, muß die Zukunft lehren.

Die Sachverständigenvorschläge

Die Reparationskommission

hat, nachdem sie eine offiziöse Sitzung abgehalten hatte, sich Freitag Nachmittag zu einer offiziellen Sitzung zusammengefunden. Sie hat einstimmig folgende Entschliessung angenommen:

„Die Reparationskommission hat nach Kenntnisnahme der Berichte der Sachverständigen sich auf den Standpunkt gestellt, daß sie eine praktische Grundlage für die rasche Lösung des Reparationsproblems bilden. Sie ist deshalb geneigt, schon jetzt im Rahmen der ihr zustehenden Befugnisse die Konklusionen zu billigen und die vorgeschlagenen Methoden anzunehmen. Um die Durchführung der Vorschläge der Sachverständigen zu erleichtern und zu beschleunigen, beabsichtigt die Reparationskommission den interessierten Regierungen die Entschliessungen der Berichte, die der Kompetenz der Regierungen unterstehen, zur Annahme zu empfehlen, jedoch sieht sich die Reparationskommission in die Notwendigkeit versetzt, ihre Zustimmung und ihre Initiative zurückzustellen, bis die deutsche Regierung bereit ist, ihre Mitarbeit an dem Plan der Sachverständigen sicherzustellen. Zu diesem Zweck wird die Reparationskommission die Delegierten der deutschen Regierung am Donnerstag, den 17. April anhören, es sei denn, die deutsche Regierung würde es vorgeziehen, eine schriftliche Antwort zu erteilen. Mitteilung dieses Entschlusses ist bereits der deutschen Kriegsausschusskommission zugegangen.“

Die Bedingungen Frankreichs

Neuer berichtet aus Paris, die Schwierigkeit, Einstimmigkeit zwischen den Regierungen über die Anwendung des Sachverständigenplans herzustellen, werde immer deutlicher. Trotz des offiziellen Schweigens der französischen Regierung läßt die inspirierte französische Presse weiter den Schleiern von den Absichten der Regierung. Es scheint darnach, daß das Ruhrgebiet die Trumfkarte Frankreichs bei den interalliierten Verhandlungen bilden solle. Der Sachverständigenplan sehe die wirtschaftliche Mäunung des Ruhrgebiets voraus. Frankreich werde unter folgenden Bedingungen zustimmen: 1. **Besprechen** der Alliierten Frankreichs, sich Frankreich bei der Auferlegung von Sanktionen anzuschließen, falls Deutschland verfehlt, den Plan auszuführen. 2. **Teilweise**, wenn nicht vollkommene Streichung der interalliierten Schulden, besonders der Schuld Frankreichs an Großbritannien.

Das Reichskabinett

hat am Freitag an der Hand des nunmehr vorliegenden Wortlautes mit der Prüfung der Sachverständigenberichte begonnen. Es nahm, wie offiziös mitgeteilt wird, Vorträge über die einzelnen Teile der Gutachten entgegen und beschloß, die Prüfung aller Einzelheiten mit größter Beschleunigung fortzusetzen. Am Montag sollen die Gutachten zum Gegenstand einer gemeinsamen Beratung des Reichskabinetts und der Staats- und Ministerpräsidenten der deutschen Länder gemacht werden.

Die „Frankf. Zeitung“ weist darauf hin, daß die Voten der beiden Expertenkomitees in den verantwortlichen deutschen Kreisen, wenn auch nicht ohne Vorbehalte, im allgemeinen als eine brauchbare Basis für eine aussichtsreiche internationale Erörterung der Reparationsfrage betrachtet werden. Die Regierung bemüht sich, möglichst bald zu einem prägnanten Urteil über die Berichte der Experten zu gelangen. Vorher wird die Reichsregierung kaum Gelegenheit haben, sich offiziell über die Gutachten auszusprechen, da sie ja mit den beiden Expertenkomitees keine direkte Verbindung hat. Erst wenn die Reparationskommission auf Grund des Artikels 234 deutsche Vertreter anhören will, wird eine offizielle deutsche Äußerung erforderlich. Die Reichsregierung ihrerseits vertritt die Auffassung, daß sie, obwohl sie gewissermaßen ein Interregnum führt, legitimiert sei, auch vor Zusammentritt des neuen Reichstages verbindliche Erklärungen abzugeben. Daß jedoch von der Reparationskommission oder den Alliierten vor den Wahlen schon eine definitive Entscheidung von Deutschland verlangt werde, ist kaum anzunehmen, da vermutlich die Erörterungen zwischen den Alliierten selbst über alle die Fragen, die in den Gutachten nicht behandelt sind, noch geraume Zeit ausfüllen werden.

Unter diesen Umständen ist natürlich die Frage berechtigt, welcher Art die deutsche Regierung und die hinter ihr stehende Reichstagsmehrheit beschaffen sein werde, die irgend einmal im Laufe des Jahres das entscheidende Wort gegenüber den Alliierten zu sprechen haben wird. Sehr viel kommt dabei auf die Haltung derjenigen Mächte an, die im Laufe der letzten Monate sich in steigendem Maße als die Regenten des Landes gefühlt haben, das heißt der großen wirtschaftlichen Potenzen und vor allem der Industrie. Der Vorsitzende des Reichsverbandes der deutschen Industrie, Herr Dr. Sorge, hat sich in einer Unterredung mit dem Berliner Vertreter des Reuterschen Büros sehr energisch für die **Annahme der Gutachten** durch Deutschland ausgesprochen mit Argumenten, die durchaus einleuchten. Dr. Sorge hat, wenn seine Äußerungen richtig wiedergegeben sind, sich immerhin das Verdienst erworben, auch dem deutschen Wähler einen Fingerzeig für die Entscheidung zu geben, die am 4. Mai zu treffen ist.

Das Urteil des Vorsitzenden des Reichsverbandes der deutschen Industrie

Dr. Sorge, Vorsitzender des Präsidiums des Reichsverbandes der Deutschen Industrie und Mitglied des Direktoriums der Kruppwerke, erklärte dem Berliner Vertreter des Reuterschen Büros:

Nach Durchsicht des Ausganges des Berichtes der Sachverständigen bin ich der Ansicht, daß die Vorschläge der Sachverständigen angenommen werden müssen. Die Lasten, welche den deutschen Industriellen aufgebürdet werden sollen, sind riesig schwer, aber die Vorschläge der Sachverständigen bedeuten einen beträchtlichen Schritt vorwärts gegenüber allen Vorschlägen, die bisher gemacht wurden, vor allem insofern sie losgelöst sind von militärischen und politischen Erwägungen und sich nur auf die wirtschaftliche Basis stellen. Und da wir kaum bessere Bedingungen erhalten können, müssen wir sie annehmen. Dr. Sorge betont, daß die volle Wiederherstellung der deutschen wirtschaftlichen Einheit in den besetzten Gebieten, nämlich die Abschaffung der französisch-belgischen Regie und der Zollschranken zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet absolute Vorbedingung für die Erfüllung der von den Sachverständigen festgelegten Bedingungen ist. Dr. Sorge erklärte ferner, daß es für die Industrie eine Erleichterung sei, wenigstens auf einige Jahre im voraus endgültige Zahlungen festgesetzt zu sehen, obgleich es vorzuziehen gewesen wäre, die Gesamtsumme der Reparationen festgelegt zu sehen, da dadurch die deutsche Industrie in den Stand gesetzt würde, ihre Pläne dementsprechend aufzustellen. Dr. Sorge erklärte mit Nachdruck, daß die Ausführung der Vorschläge der Sachverständigen nur möglich sei, wenn eine internationale Anleihe aufgebracht werden könne, drückte sich aber über diese Angelegenheit etwas skeptisch aus. Er fügte hinzu, er sei sicher, daß, sobald die Vorschläge der Sachverständigen von der deutschen Regierung angenommen worden seien, die deutschen Industriellen ihr Aufsteigen tun würden, um der Regierung bei ihrer Ausführung zu helfen, obwohl er sich keiner Illusion hingabe angesichts der ungeheuren Lasten, die die deutsche Industrie auf viele Jahre zu tragen haben würde.

Der Völkerbund und die Gutachten

Die Reparationskommission hat dem Generalsekretariat des Völkerbundes offiziell eine Abschrift der beiden Sachverständigenberichte zugefandt. Als Grund dafür gibt man im Völkerbundssekretariat an, daß die Berichte an zwei Stellen dem Völkerbund rein technische Funktionen zuweisen.

Politische Neuigkeiten

Das Programm der „Rheinischen Arbeiterpartei“

Die „Pfälzische Rundschau“ ist in der Lage, über die Haupttagung der „Rheinischen Arbeiterpartei“ am 28. und 29. März in Speyer noch einige bisher unbekannt Einzelheiten, sowie das neue Programm der Partei in seinen Grundzügen zu veröffentlichen.

Über den Verlauf des ersten Verhandlungstages ist mitzuteilen, daß die Delegiertenversammlung von circa 14 Teilnehmern aus der Pfalz und Hessen besetzt worden war. Vertreter aus dem Rheinland waren nicht erschienen. Es wurde ein Beschluß gefaßt, daß Kunz, der bekannte Rüdigerhofener Gewerkschaftsführer und Separatist für seine Agitationsfähigkeit ein wöchentliches Gehalt von 150 Franken erhalten soll. In seinen Ausführungen richtet Kunz heftige Angriffe gegen Preußen. Die Bürger des Rheinlandes müßten, falls Preußen seine Abwanderung in die Tat umsetzen sollte, „den Prügel auf den Rücken nehmen und gegen Preußen marschieren.“ Kunz kam auch auf das Ruhrgebiet zu sprechen und setzte sich für eine westliche Orientierung ein.

Der Parteitag beschäftigte sich mit der Beratung einer Anzahl Vorschläge zu einem Parteiprogramm, das von Kunz u. Salzberg ausgearbeitet worden war. Nach diesem Programm lehnt die Partei die Beteiligung an den bestehenden Reichs- und Landesparlamenten ab. Ihr Bestreben richtet sich darauf, ein rheinisches Parlament zu schaffen. Bis zur Schaffung dieses Parlaments beteiligt sich die Partei jedoch an den event. stattfindenden Wahlen zu Stadt- und Gemeindeparlament bzw. Kreisräten und Provinzialparlament. Die Partei erstrebt die Befreiung der rheinisch-pfälzischen Lande von der Bevormundung Preußens und Bayerns, somit die Schaffung einer unabhängigen rheinisch-westfälischen Republik auf rein demokratischer Grundlage.

Die weiteren Punkte der Tagesordnung sind stark kommunistisch gefärbt. Man hofft offenbar, Dumme unter den Arbeitern zu fangen.

Der neue bayerische Landtag

Der Ständige Ausschuß des bayerischen Landtags hat nach kurzer Debatte, in der sich die Deutschnationalen und die Kommunisten für die sofortige Einberufung des neuen Land-

tages ohne Berücksichtigung der Pfalz ausgesprochen, auf Vorschlag der Regierung beschlossen, die Wahl vom 4. Mai auszuwarten und dann erst die Verteilung der 15 Landesmandate vorzunehmen. Infolgedessen wird der neue Landtag erst im letzten Drittel des Mai zusammentreten. Die Regierung Krilling bleibt bis dahin im Amte. Durch diesen Beschluß wird die endgültige Zusammenstellung des neuen Landtages durch das Landeswahlamt ausgeföhrt.

Soweit jetzt schon über die einzelnen Namen der gewählten Abgeordneten sich etwas sagen läßt, ist hervorzuheben: Von der Bayerischen Volkspartei sind sicher gewählt der Sozialminister Oswald, Geheimrat Dr. Geld, der erste Fraktionsvorsitzende, dann der Generalsekretär des Bauernvereins Dr. Schlittenbauer, Graf Pestalozza, Prof. Dr. Wohlmuth. Auf der Landesliste stehen die Parteivorsitzende Speck und der frühere Landtagspräsident Königbauer. Von den Demokraten können als gewählt gelten Oberlehrer Eisenbeis (Kürth) und Obersekretär Eggert (München). Wahrscheinlich ist die Wahl des bisherigen Abgeordneten Hartmann (Deutscher Bauernbund). Der Führer Dr. Durr und der frühere Justizminister Dr. Müller-Meinungen sind nicht wiedergewählt. Von der Deutschnationalen Mittelpartei ist die Wiederwahl des Parteivorsitzenden Hilbert noch nicht gesichert, doch kommt er auf die Landesliste. Nicht gewählt ist der von der Mittelpartei aufgestellte Generalsekretär des Industriellenverbandes, der bekannte Geheimrat Kublo. Von der Sozialdemokratie sind u. a. sicher aufgestellt, der frühere Landtagspräsident Auer, der frühere Minister Segitz, während die Wahl des Rechtsanwalts Sanger noch fraglich ist. Unterlegen sind der Fraktionsvorsitzende Staderle vorläufig nicht wiedergewählt, so daß also bei den meisten Parteien das Schicksal der Fraktionsvorsitzenden noch ungewiß ist. Vom bayerischen Block sind gewählt, der frühere Justizminister Dr. Roth, ferner Dr. Glaser und der Landtagsarchivar Dr. Buttman.

Wisionen einer polnischen Sejmabgeordneten

Aus Polen wird uns geschrieben:

Die polnische Sejmabgeordnete Sophie Sokolnida, der nationaldemokratischen Partei zugehörig, ist von je eine wütende Deutschesfeindin. Ein heftiges Kröbchen ihres Hasses und zugleich ihrer eigenen Phantasie hat kürzlich der „Kurjer Poznancki“ wiedergegeben. Danach hat sie in einem Referat in der Sejmkommission für Auswärtige Angelegenheiten u. a. gesagt:

Die deutsche Bevölkerung Westpolens treibt im Einvernehmen mit Deutschland Verrat und Spionage und bildet die Avantgarde der deutschen Armee. Sämtliche deutschen Besitztümer in Polen sind strategische Stützpunkte Deutschlands. Es sind zwar 16 000 Hektar Großgrundbesitz und 200 Anpflanzungen registriert, aber nur 14 größere und 18 Anpflanzungsgüter bisher liquidiert. Ein besondere Tätigkeit entwickelt die vom Oberkreisleiter in Berlin geleitete evangelische unierte Kirche in Polen, die unter dem Mantel des Evangeliums gegen Polen arbeitet. Ein erwünschtes Werkzeug der Germanisation und Wiedervergeltungsaktion Deutschlands wird die deutschen Vereine jeglicher Art, die neben ihrer eigentlichen Tätigkeit eine großartige Geheimpolitik gegen Polen treiben und in engem Zusammenhang mit dem Deutschtumsbund stehen, welcher ein integraler Bestandteil der deutschen Konspiration ist. Ganz ungewöhnlich ist auch der Anteil der deutschen Frauen an der feindlichen Propaganda, die in den Frauenvereinen und Diakonissenhäusern organisiert sind. Die Seele der deutschen Frau ist vortrefflich für Spionagedienste zugänglich.

Zum Schluß wird gefordert: 1. die Regierung solle eine starke Hand zeigen bei Wahrung ihrer Souveränitätsrechte, da der Deutsche nur diese Sprache verstehe, und 2. die Deutschen, die nicht polnische Staatsangehörigkeit besitzen, auszuweisen.

Durch diesen blühenden Wahnwitz hat die streitbare Dame nicht nur sich selbst lächerlich gemacht, sondern auch den Auswärtigen Ausschuß der polnischen Abgeordneten vorgeschlagen wird. Erst dieser Tage hat Litauen durch Dekret entgegen dem Willen der Bevölkerung die evangelische Kirche im Memelland losgelöst und einen kirchlichen Diktator (der Bruder des sog. Landespräsidenten) eingesetzt!

Ann. d. Red.: Das vielfach von Deutschland gegen Polen in Schutz genommene Litauen treibt bereits eine solche Politik, wie sie hier von der polnischen Abgeordneten vorgeschlagen wird. Erst dieser Tage hat Litauen durch Dekret entgegen dem Willen der Bevölkerung die evangelische Kirche im Memelland losgelöst und einen kirchlichen Diktator (der Bruder des sog. Landespräsidenten) eingesetzt!

Badisches Landestheater

Die verkaufte Braut

Wer noch zweifeln sollte, daß die Kunst und voran die vollstimmigste Gattung, die Oper, ohne Zusammenhang mit Kultur und Volksleben verkümmert, muß sich einmal Friedrich Smetanas „Verkaufte Braut“ anhören, die man etwas verspätet und wohl erst ermutigt durch die kürzlichen Erfolge, die das Werk wieder an anderen deutschen Theatern errang, zum 100. Geburtstag neuentstauderte. Ob national oder nicht, diese komische Oper, die der Textdichter richtiger „Operette“ nennt, ist Heimatkunst und fast so populär wie bei uns der „Freischütz“, mit dem sie auch musikalisch jeden Vergleich aushält. Es steckt viel ungeschickte Melodik darin, sprudelnde Laune, die trotz böhmischer Färbung auf deutsche Vorbilder wie Mozart und Weber zurückgreift. Doch ist alles Wienerische und Romantische durch das Temperament des Slaven gesteigert. Die Fischeben sind ja außerordentlich nachbar, das kommt der furiosen Tanzrhythmus zugute, wo das nationale Kolorit am stärksten hervortritt. Smetana stand ja außerordentlich Schumann und Liszt sehr nahe, nach der verkauften Braut, die 1866 herauskam, verfiel er es sogar mit Wagners Leitmotiven. Jedenfalls tendierte er so stark nach dem Westen, daß in Petersburg z. B. seine verkaufte Braut glatt durchfiel und auch bis heute in ihren gemäßigten Teilen wie dem herrlichen Sextett eigentlich nur in Deutschland ganz verstanden wurde. Die Deutschen haben also allen Grund, dem sogar mit der Schreibfeder für die neudeutsche Richtung Eintretenden ein dankbares Andenken zu bewahren!

Die Wiederaufführung der „Prodaná nevěsta“ erwies sich als ein sehr glücklicher Griff, denn auf die Dauer kann ein deutscher Spielplan eine Spielerei von solcher Qualität nicht entbehren. Strahms bemerkte einmal scherzend von Dvorak, er möchte oft vor Reid aus der Haut fahren über das, was diesem nur so ganz nebenbei einfallt. Ähnlich liegen noch heute die Verhältnisse zu Smetana und seinem Meisterwerk, bei dessen Wiedergabe man in erster Linie dem stotternden Bauernburschen Hans Bussards, dem Heiratsvermittler von Alfred Glaz, der Dorfschönen Lilly Weiss und dem Direktordirektor Paul Müllers ein lautes Lob sagen muß. Auch Albert Peters war bemüht, den leicht konventionellen Hans zu einem derben Buffabelnden zu machen. In nachgiebigen Wettbewerben mit den Hauptdarstel-

lern traten in den kleineren Partien Trude Hendel, deren Stimme zwar etwas matt klang, E. Färber-Straffer, Santa Joebisch, männlicherseits Fris Loichinger und B. Wartz. Im belebten Zusammenpiel taten Chor und Ballet ein übriges, um der Vorstellung einen frischen Zug zu mahen. Alfred Lorenz, der für dieses Genre anerkannte Routinier, sorgte, daß vor und auf der Bühne alles klappte und einen amüsanten Verlauf nahm. Das Publikum stand von Anfang an ganz im Banne des humorvollen gesunden Musikantengeistes, der durch das Werk weht.

Zur Verichtigung eines fälschlichen Druckfehlers in der letzten „Fleidermaus“-Besprechung sei festgestellt, daß nicht die Jugend, sondern die Jugend dem Laifer gegenübergestellt werden sollte; dort muß auch die französische Bearbeitung der Fleidermaus in „la fignane“ (nicht „Afgane“) korrigiert werden.

Karlsruher Konzerte

Franz Liszt formulierte theoretisch einst ganz richtig: „Kostime und Kostüme, Dekorationen und Maschinen, Schauplätze und Szenenerie sind zu plumpe Instrumente für die wirkliche Wiedergabe gewisser erhabener Szenen.“ Als er aber in der Legende von der heiligen Elisabeth praktisch beweisen wollte, wie wenig ein Oratorium an die Grundzüge des Bühnenbros gebunden sei, scheiterte sein dramatisches Wagneris. Ich habe nichts gegen die katholische Romantik, der das Werk sehr abschüssig zuneigt — es gibt auf diesem Sondergebiet Wunderbares genug —, aber für den heutigen Augenblick hat doch diese, zudem noch an Wagners Tannhäuser stark genährte Legende kein Interesse mehr und enttäuschte alle gutgemeinten Erwartungen, die man immerhin einer Lisztschen Schöpfung entgegenbringen möchte, in steigendem Maße. Solche andeutende Poetik, die halb programmatisch, halb leitmotivisch illustriert ist, die verkehrt in ihrer äußerlichen Stimmungsmache wirkt, vermag nicht mehr, das geistige Band fest zu eben, das uns an diese theatralisch positive Deklamation fesseln könnte. Die Wiedergabe des Legendenoratoriums durch den verstärkten Kirchenchor St. Bonifatius war obendrein nicht die denkbar beste. Wohl sang der Chor kräftig, präzis und im gansen mit stichtlicher Begeisterung, doch gelang es dem Dirigenten Gustav Schneider nicht, den rechten Kontakt mit dem Orchester herzustellen, das zu den dürftigen Auschnitten der eigentli-

Kurze Nachrichten

Die Reichsinbeziffer für Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für den 9. April auf das 1,115-malige der Vorkriegszeit. Gegenüber dem 31. März, Erhebungstage der Vormoche (Index 1,07 Billionen), ist demnach eine Steigerung von 3,7 Prozent zu verzeichnen. Die Steigerung des Index ist in der Hauptsache auf die Erhöhung der Mietpreise zurückzuführen; allerdings kommt die Belastung durch die Mehrwertsteuer im laufenden Monat noch nicht voll zum Ausdruck, da in vielen Erhebungsstädten die Sätze noch nicht feststehen.

Vertagung der Ricumerhandlungen. Die Verhandlungen des Scherenaususses des bergbaurischen Vereins mit der Ricum über die Verlängerung der Ricum-Verträge sind Freitag abend ergebnislos abgebrochen worden. Die Verhandlungen sollen wieder am Montag aufgenommen werden. Die Vertreter des Bergbaues werden sich wieder nach Berlin begeben, um mit der Reichsregierung erneut zu beraten.

Die Affäre b'Armont. Die Schaffhauser Behörden leiteten auf Verlangen des eidgenössischen politischen Departements zur Aufklärung der am 10. November 1923 erfolgten Verhaftung des französischen Offiziers Armont durch die deutsche Polizei unmittelbar an der Schweizer Grenze eine Untersuchung mit Ortsbesichtigung ein. Die Untersuchung, an der ein Beamter der politischen Departements teilnahm, führte zur Feststellung, daß die Verhaftung, soweit nach den bestimmten Aussagen eines einzigen Schweizer Zeugen beurteilt werden kann, auf deutschem Boden erfolgte.

Der Mordanschlag gegen General v. Seekt. Der Prozeß gegen Thormann und Grandel wird, wie in Berlin verlautet, Mitte Mai vor dem Landgericht 3 in Berlin beginnen. Die Anklageschrift gegen die beiden Beschuldigten, denen zur Last gelegt wird, verführt zu haben, General v. Seekt zu ermorden, dürfte in kürzester Zeit abgeschlossen sein und wird voraussichtlich in 14 Tagen den Angeklagten zugestellt werden. Die Verhandlung, zu der jetzt schon mehr als 50 Zeugen geladen sind, wird voraussichtlich mehr als eine Woche in Anspruch nehmen.

Die Leiche von Hugo Stinnes wird am Montag mittag in dem Bilmersdorfer Krematorium eingesehrt; auf Wunsch des Verstorbenen wird die Feier im allerengsten Kreise stattfinden. Die Aschurne wird dann nach Wülheim (Ruhr), der Heimat des Verstorbenen, übergeführt.

Der neue Landeskommandant in Bayern. Die letzten Mitteilungen über die Personalveränderungen im Reichsheer enthalten die Ernennung des Generalleutnants Kref von Krefenstein zum Landeskommandanten in Bayern, zum Kommandeur der 7. Division und zum Befehlshaber im Wehrkreiskommando VII.

Badischer Teil

Minister Hellpach über des Reiches Schicksalsfrage

In Mannheim sprach Minister Prof. Dr. Hellpach auf Einladung der Demokratischen Partei.

Seine Ausführungen gruppieren sich um die Lebensfrage der deutschen Nation: Wird das Reich bleiben? Zum dritten Male ist diese Schicksalsfrage an uns herangetreten. Zum ersten Male bei Beginn des Weltkrieges. Aus unseligen Wirren des Revolutionswinters 1918/19, da der Auseinanderfall kaum mehr aufzuhalten schien, ging verhältnismäßig rasch die neue Reichseinheit hervor. Am 11. August 1919 war die neue Reichsverfassung vollendet. Seit dem verlorenen Weltkrieg stehen wir zum dritten Male in der entscheidenden Krise. Wird sie überstanden werden? Minister Hellpach glaubt das zweifellos, denn dies ist ja das Tröstliche und Erhebende bei allem Unglück, allem Leid: die überwältigende Mehrheit des Volkes bekennt sich zum Reich. Der Minister sprach sodann von der wässrigen Bewegung, die eine Massenbewegung sei. Sie habe namentlich bei der Jugend starken Anklang gefunden. Ihr Spitzenkandidat, die volkstümlichste Figur, ist der General Ludendorff, der sich vom Kriegsbeginn bis zum Sommer 1918 große Verdienste um Deutschlands Freiheit erworben habe, um die deutsche Freiheit nach außen hin. War er aber wirklich der überragende Führer, der große Feldherr, als der er gefeiert wird? Wie besteht er neben Hindenburg? Fast hat es den Anschein, als wäre 1917 durch geschickte Propaganda ein Völkertausch vorgenommen worden, Hindenburg trat in den Hintergrund.

Handlung immerhin ein bedeutendes Gegengewicht bilden müßte. Im Orchesterteil nämlich liegen die Feinheiten, die allenfalls diese rückständige Heiligenapotheose noch retten könnten, aber gerade in den Instrumentalabänderungen verlagte der Dirigent, dem man freilich zugutehalten muß, daß er in erster Linie Chorleiter ist und sich dabei also auf recht ungewohnten Boden bewegte. Zwischen Chor und Landestheater-Orchester, das wenigstens an einzelnen Stellen sich bemüht die gemohnte Kultivierung zu zeigen, standen als Solisten Overturierin von Alpenburg-Gerbach (Elisabeth), E. Färber-Straffer (Landgräfin Sophie), Aud. Weyrauch und Dr. S. Wucherpfennig. Aber auch ihre pathetischen und lyrischen Ergüsse hatten es schwer, Abnungen und Illusionen zu wecken und über allerhand Beklemmungen hinwegzuheben, die sich aus Inhalt und Wiedergabe des an Inspiration doch recht schwachen Werkes ergaben.

Das neugebildete Badische Trio stellte sich mit einem Kammermusikabend nun auch dem Karlsruher Publikum vor, nachdem man von anderen Städten schon recht verschiedene Beurteilungen seiner künstlerischen Fähigkeiten gelesen hatte. Die junge Vereinerung hat unbestreitbar positive Tüchtigkeit. Angenehm fällt die sorgsame Ausarbeitung im Reinen, eine beinahe vollkommene Natürlichkeit im Fluß des Vortrags auf. Die gute musikalische Qualifikation erlitt allerdings eine leichte Trübung vom Flügel her, der — wohl ohne Schuld der Spielerin — nicht immer mit wünschenswerter Klarheit und Elastizität ansprach. Die instrumentalen Leistungen der Einzelnen weiter positiv wie negativ zu glossieren, soll einer hoffentlich wohl bald eintretenden zweiten Gelegenheit vorbehalten bleiben, wenn man ein paar Proben mehr des Zusammenspiels gehört hat. In der Vortragsfolge, deren Abfolge durch die Herren Boigt und Trautvetter und die Mannheimer Pianistin St. Kellier eine recht günstigen Gesamteindruck hinterließ, triumphierte Joh. Brahms mit seiner H-dur-Trio (op. 8). In dessen Nähe war zufällig ein Opus 8 von Hans Rignier gerückt. Welchem von beiden Werken noch heute höhere Bedeutung und angeborene künstlerische Reife zugesprochen ist, ergab die Gegenüberstellung ungewiß. Der „Geist“ des bekannten Geister-Trios von Beethoven (op. 70 Nr. 1) erlangt dagegen in sauberer Ausarbeitung, schauf kontrastiert und schwer akzentuiert, wie es der schauerlich geheimnisvolle Grundton verlangt. — Im XII. Kammerkonzert R. Boigt-Schweizers kam eine dezente Violinsonate von A. Corelli in der ursprünglichen Fassung zu erstmaligen Vortrag. Es erinnerte in seinem Pass-

Was aber bedeutet Freiheit? Keer ist jede Freiheit und ohne sittlichen Adel, eindringlich belegte es Dr. Hellpach, die nicht weiß, wozu sie frei sein will. Die nur von etwas frei ist. An den Freiheiten von Stein wollen wir denken, dessen Auffassung auch für uns noch Gültigkeit hat. Befreien läßt sich nur das Volk von der Fremdherrschaft, das sich selber frei gemacht hat. Das große Befreiungswort von Stein und Hardenberg hat sich zur inneren Freiheit in Deutschland nicht auswirken können, weil der äußere Kampf (1813 und 1815) zu früh kam. Infolgedessen sind alle Reformen wie ein Katzenhaas zusammengefallen.

Was sich damals zugetragen, hat im deutschen Volke das ganze Jahrhundert nachgewirkt. Es blieb verdeckt, weil ihm in Bismarck ein politisches Genie geschenkt wurde. Aber Bismarcks Werk war kurzlebig, ohne Bestand, denn es war die Tat einer genialen Einzelpersonlichkeit, berechnet für Genies, nicht für die Masse. Auf Kosten der Gesamtheit fordern wenige Persönlichkeiten für sich die schrankenlose Freiheit wirtschaftlichen Handelns. Zum Staat, zum Weltvolke gehören aber nicht nur einzelne Führer, prominente Wirtschaftler, sondern ein mitverantwortlich-tätiges Volk. Der rechte Gebrauch der Freiheit setzt eine lange politische Erziehungsarbeit voraus. Wir sehen es an Frankreich; durch wieviel Wirren mußte es gehen, bis es gesunde, über Staatsformen wird man immer diskutieren können, es gibt monarchische Demokratien, wie in Dänemark, und republikanische, wie in der Schweiz. Aber unvereinbar mit jeder politischen Erziehungsarbeit ist es, die bestehende Staatsform herabzusetzen oder gar verächtlich zu machen. Jeder Mann muß untertan sein der Obrigkeit. Wie man den Kampf um die Staatsform heute in Deutschland betreibt, zerfällt man Deutschland.

Für das deutsche Volk kann es nach Hellpachs Überzeugung gegenwärtig nur eine Staatsform geben: die Republik. Selbst in weit rechts gerichteten Kreisen wird diese Ansicht geteilt. Mag sein, daß man sie nur als eine notwendige Durchgangsform auffaßt, aber als solche muß man sie anerkennen, weil sie die konsequenteste Verwirklichung des freien Volkes ist. Wählen heißt sich verantwortlich fühlen, die Mitverantwortung tragen. Sich des Reiches Oberhaupt selbst zu wählen, entspricht überhaupt allgemeiner Tradition, während die Institution des Erbprinzipiums orientalischer Ursprungs ist, byzantinischer Charakters. Im Anschluß hieran streifte Dr. Hellpach kurz die Lösung der Deutschen Volkspartei, die ein Volkstafelamt will. Es war möglich in den 90er Jahren, da Friedrich Naumann seine Schrift über Demokratie und Nationalismus herausgab. Sie fand auf Seiten der Nationalliberalen schärfste Gegner, das deutsche Bürgertum hat damals, wie so oft, versagt. Heute ist es für diese Lösung zu spät. — Mit besonderer Schärfe wandte sich dann Dr. Hellpach gegen die engstirnigen Monarchisten, die alle alten Dynastien wieder auferstehen lassen wollen. Sie sind die gefährlichsten Separatisten. Wird heute in Bayern das Königtum wieder ausgerufen, so folgt morgen Hannover mit denselben Ansprüchen und Reservatrechten, und so fort. Nur ein starkes, einiges Reich macht uns frei. Grundbedingung der Einheit des Reiches ist, daß alle Ständen im Volke einig sind. Hier liegt die schwerste Verantwortung der Völkischen. In dieser Zeit muß jeder Opfer bringen. Dies aber scheint das Schwerkste zu sein. Jeder beruft sich auf seinen Schein, man ist eben so antiliberal wie antifökal. Aber es gibt für Deutschland keine andere Entwicklung als mit den Waffen zur Freiheit hin. Das Werk, das Opfer und nicht der Lärm können uns wieder aufwärts bringen. Verhängnisvoll ist es stets für den deutschen Liberalismus gewesen, daß der Mangel an Zivilcourage sich so stark bemerkbar macht. Hier liegt die große Aufgabe für unsere politische Erziehungsarbeit: wir müssen, sagt Hellpach, in der Öffentlichkeit mit mehr Mut zu unsern Ansichten stehen, wir dürfen uns nicht verstecken, wenn die Gegenparte zur Offenheit vorgeliebt. Stücken wird uns hierbei der unerschütterliche Glaube an Deutschlands Verurteilung.

Die Angehuld, diese ärgste Untugend der letzten Jahrzehnte, da man die Ernte erwartete ohne Säte, muß von uns weichen. Sie ist uns zum Verhängnis geworden. Es ist der große Unterschied zwischen dem Heute und der Zeit vor hundert Jahren, auf die man sich so gern beruft. Damals hat man in Wahrheit die Kraft der Erneuerung aus dem Geiste, aus der Idee geschöpft. Deutschland stand höher als Deutschland. Was not tut ist dies: Schwigen, Arbeit, Geschlossenheit und Opfer.

Todesfall. Oberregierungsbaaurat a. D. Karl Schmidt in Karlsruhe, der bis vor seiner kürzlich erfolgten Zurücksetzung der Eisenbahnbaupraktikante Karlsruhe Vorstand, ist im 58. Lebensjahre gestorben.

gentiel zwar stark an Schulwerke jener klassisch-italienischen Violinmusik, aber die beiden Interpreten — R. Voigt, Schwiebert und Prof. S. Schmidt — verstanden schnell, die aus etwas niedriger Sphäre geschöpften Gedanken des virtuos komponierten auf eine höhere Stufe zu heben. Auch hier hatte Brahms, der Effektiv, mit seiner G-dur Violin-Sonate das letzte Wort. Wers dort mehr Kleinmusik, so hier die reife Frucht eines auf aparten Studien (namentlich im wäherischen und ungewöhnlichen Harmonieapparat) aufbauenden Großmeisters, die entzückte. Riedergruppen S. A. Schmidts mußten leider ausfallen, Erich boten Schubert und Wolf, mit deren Wahl die Altistin El. Holzbauer zumindest Geschmack bewies. Sie scheint noch Anfängerin, verfügt aber über schon edles Material, das allerdings in der Tonbildung noch der Kontrolle bedarf. Ein leichtes Flacorn stört, im Piano dürfte flüchtig auf etwas mehr Resonanz Bedacht zu nehmen sein. Selbst das mezza voce klang reichlich tonlos.

Ein Konzert im bad. Landeskonseratorium führte einen jungen Komponisten aus Wiesbaden ins Vordergrund: Hans Fleischer. Das Programm enthielt zwei ältere Stücke von künstlerischer Wohlklangigkeit und zwei stark gepfefferte jüngste Kompositionen, die bewußten Drang zur Neuheit betonen. Ob Hans Fleischer wirklich eine bedeutende schöpferische Potenz ist, läßt sich allerdings nach diesen von übermäßiger Originalität kaum zugehenden Proben nicht sagen. Allerdings „Schusterskän“, wie derüchtigte Sequenzen und Wiederholungen im Aufbau sprechen eher dagegen, das Rondell z. B. ist redseligste Improvisationsmanier, doch deutet einzelnes auf naive, empfindungsstarke Innerlichkeit. Als technische Leistung befriedigte der Abend sehr. Der Komponist begleitete auswendig mit großem Geschick und Feingefühl. Ernst Gröll, der mitwirkende Geiger, ist ein Violinist und Violaspieler von Rang. In der Ersteinigung flucht bleibt der Abend als ein Ereignis von größerer Reizbarkeit immerhin im Gedächtnis und verdient Nachachtung, da nur auf diese unumgängliche Weise das interessierte Publikum an die moderne musikalische Künstelarbeit herangeführt werden kann. — Erwähnt sei noch ein Kammerorchesterkonzert im Arbeiterbildungsverein, bei dem sich eine früher am Straßburger Theater tätige Altistin vorstellte. Mein Vertreter lobt die vorzügliche Schulung von Fel. Agnes Hermann, die mit zwei klassischen Vokien aufwartete. Bei der anscheinend guten Begabung und dem sicheren Können wird man sich freuen, der Sängerin auch einmal im großen Konzertsaal zu begegnen. S. Sch.

Kommunale Rundschau

Das Städtische Elektrizitätswerk in Freiburg hat mit Wirkung vom 1. April die Strompreise herabgesetzt und zwar von 48 Pfennig für den Kilowattstrom auf 45 Pfennig und von 30 Pfennig für den Kilowattstrom auf 25 Pfennig. Außerdem hat das Werk, um einem richtigen kaufmännischen Grundgesetz zu folgen, für die größeren Licht- und Kraftstromabnehmer die im Jahre 1920 abgeschaffte Staffelung der Strompreise nach dem Verbrauch wieder eingeführt. Hierdurch ermäßigt sich der Preis für Lichtstrom, der bis 1000 Kilowatt 45 Pfennig beträgt, für den Verbrauch von 1001 bis 2500 auf 40 Pfennig, von 2500 bis 10 000 Kilowatt auf 38 Pfennig usw. bis auf 25 Pfennig für 20 000 Kilowatt übersteigender Verbrauch. Auch für Kraftstrom tritt eine Ermäßigung für die ersten 1000 Kilowatt 25 Pfennig betragenden Preis ein, so daß der 20 000 Kilowatt übersteigender Verbrauch schließlich nur 14 Pfennig kostet. Für Großabnehmer erfolgt je nach Größe und Ausnutzung der Anlage auf Grund einer Vereinbarung mit dem Werk eine weitere Herabsetzung der Preise. Eine vollständige Neuerung führt das Werk für die Wohnungsabnehmer ein. Dieser Tarif gründet sich darauf, daß nach eingehenden Ermittlungen alle Wohnungen mit gleicher Zimmerzahl einen ungefähr gleich hohen jährlichen Stromverbrauch haben, so z. B. eine Zweizimmerwohnung 50 Kilowatt und eine Dreizimmerwohnung 75 Kilowatt usw. Demnach hat also der Inhaber einer Zweizimmerwohnung bei 45 Pfennig Strompreis jährlich 50 mal 0,45 gleich 22,50 Mark zu bezahlen. Das Werk will nun zwei Drittel dieses Betrages in monatlich gleichen Raten, also 1,25, abgerundet 1,20 Mark als festen Betrag erheben und es berechnet dann für den verbrauchten Kilowatt, gleichgültig in welcher Höhe der Verbrauch erfolgt ist, nur 15 Pfennig.

Die Stadtverwaltung Freiburg stellte dem Weinbauinstitut den Peterhof als Verwaltungsgebäude zur Verfügung. In diesem Gebäude wird auch das Weinmuseum, über dessen Einrichtung bereits berichtet wurde, untergebracht werden. Die im Peterhof untergebrachten städtischen Behörden werden in andere Gebäude verlegt.

Aus der Landeshauptstadt

Eisenbahngeld. Es sind offenbar in letzter Zeit Zweifel über die Umlauffähigkeit des Eisenbahngeldes, werbeständiges, wie das auf Papiermark lautende, aufkommen. Es wird daher herbegehoben, daß die Scheine mit ausdrücklicher Zustimmung der Reichsfinanzverwaltung in Verkehr gebracht wurden und bei der Knappheit der umlaufenden Zahlungsmittel sehr nützliche Dienste leisten; sie werden daher noch nicht aufgerufen. Das werbeständige Eisenbahngeld ist ein der Goldanleihe vollkommen gleichwertiges Zahlungsmittel, da es in vollem Umfang durch Hinterlegung von Goldanleihe und Goldschatzanweisungen größerer Sicherung gedeckt ist. Der Umlauf des Geldes ist von sehr wichtiger Bedeutung nicht nur für das Eisenbahnunternehmen, sondern für die Wirtschaft überhaupt, so daß die weitesten Bevölkerungskreise ein Interesse an dem Umlauf haben müssen.

Bedeutung des 16. April für alle Funkfreunde und Rundfunkteilnehmer. Laut Verordnung des Reichspostministeriums müssen alle Funkempfangsapparate der Genehmigung der Postbehörde haben. Wer diese Genehmigung bis zum 16. April nicht hat, verliert die Befreiung, der Apparat der Eingziehung. Wer die Genehmigung aber bis zum 16. April beantragt, kann seinen Apparat weiter betreiben bis zu der später auszufällenden Erlaubnis, die von der Post oder vom Württembergischen Radioklub erteilt wird. Für Württemberg und Baden sammelt der Württembergische Radioklub als der vom deutschen Funkartikels anerkannte Klub die Meldungen. Alle örtlichen Radioklubs werden deshalb aufgefordert, umgehend die Liste derjenigen Mitglieder, die Radioapparate besitzen oder beim Bau von Radioapparaten begriffen sind, an die Geschäftsstelle des Württembergischen Radioklubs, Pflanzstr. 2 D einzuliefern. Die Liste muß enthalten: Anschriften reiner Detektorempfänger ohne Röhren, Apparate mit Röhren. Funkapparatebesitzer, die keinem Klub angehören, melden sich unmittelbar beim Württembergischen Radioklub.

Tanzabend Heddy Borch. Ein „7-jähriges Tanzwunder“ wird diese kleine Künstlerin genannt. Heddy Borch ist zur Zeit wohl die jüngste Tanzkünstlerin, die allein mit ihren Darbietungen ein Programm zu bestreiten vermag. Dieses Programm ist nicht anspruchslos und nicht kleiner als die Darbietungsfolge einer erwachsenen Künstlerin. Natürlich hat die Kleine tanzen gelernt bei Richard Alagari die Technik, bei der bekannten Tanzmeisterin Alagari-Bang die Anwendung der tänzerischen und mimischen Ausdrucksmittel. Eine erstaunliche Plastizität und ein angeborenes rhythmisches Vollenmpfinden haben die Entwicklung des Talents begünstigt und in Heddy schon frühzeitig die Phantasie zur selbständigen Gestaltung von Tänzen angeregt. Man darf daher mit großem Interesse dem 14. April entgegengehen, an welchem diese kleine Künstlerin zum ersten Male in unserem Entschloß aufzutreten wird, nachdem sie schon in anderen Städten wie Baden-Baden, Wiesbaden, Detmold, Kassel usw. aufgetreten ist. Die Konzerteaktion Kurt Neufeldt hat den Vorverkauf übernommen.

Kolosseum. Das Gastspiel des Schierseer Bauerntheaters, welches z. B. im Kolosseum stattfindet, unterhält das Publikum aufs Beste. Nachdem das „Räuberlied“, „Der Samstager“, „Dorfgeheimnis“ und „Mierel von Schiersee“ über die Bühne gegangen ist, spielt die Gesellschaft jetzt die läubliche Komödie in 3 Akten mit Gesang und Tanz von Carl Rittermayer, Musik von Carl Schwarz „Der Himmelschuster“ wobei Direktor Kader Terofal die Hauptrolle in Händen hat.

Kurze Nachrichten aus Baden

Nr. 20 des Badischen Geses- und Verordnungsblattes hat folgenden Inhalt: Bekanntmachungen und Bestimmungen des Staatsministeriums: die Änderung des Besoldungsgesetzes; die Besteuerung des Wandergewerbetriebs; die Berechnung der bei der Erwerbung des Bürgerrechts zu entrichtenden Beträge; die Entschädigung der Landtagsabgeordneten; die Änderung des Ausführungsgesetzes zum Landessteuergesetz (Steuerverteilungsgesetz); die Änderung des Gesetzes über die Zwangsvollstreckung wegen öffentlich-rechtlicher Geldforderungen vom 12. April 1899; der gewerbliche und kaufmännische Unterricht; der allgemeine Fortbildungunterricht; des Ministers des Innern: die Polizeistunde; die Gebühr für Anhör der Gemeinderatssitzungen; des Arbeitsministers: die Änderung der Ordnung für die Untersuchung der Rheinschiffe.

DZ. Finken, Amt Bendorf, 11. April. Die große Zentschauer, die seit ca. 200 Jahren in St. Blasien besteht, und die später Gemeindebezugs dienftbar gemacht wurde, ist ein Opfer der Flammen geworden. Große Vorräte an Holz, Stroh und Futtermitteln, sowie auch die Totenwagen und Löschgeräte der Feuerwehr sind dem Verande zum Opfer gefallen. Eine Familie, die im Schlafe von dem Feuer überrascht worden war, konnte sich nur mit großer Mühe retten.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

in Millionen Mark

	12. April		11. April	
	Schl.	Stiel	Schl.	Stiel
Amsterdam	1 566 100	1 573 900	1 566 100	1 573 900
Kopenhagen	695 800	699 200	695 800	701 800
Italien	185 500	186 500	185 500	186 500
London	18 205 000	18 295 000	18 205 000	18 295 000
Newyork	4 190 000	4 210 500	4 190 000	4 210 500
Paris	250 400	251 600	247 400	248 600
Schweiz	735 200	738 800	737 200	740 800
Prag	124 600	125 400	125 600	124 600
Wien (100 Kronen)	60 800	61 200	60 800	61 200

Die kleine Ziffer bedeutet die Zuteilung in Kronen

Die deutsche Diskontbank ist am 7. April errichtet worden. Vorsitzender des Aufsichtsrats ist nach der Satzung der Präsident des Reichsbank-Direktoriums Dr. Hjalmar Schacht, stellvertretender Vorsitzender der Vizepräsident des Reichsbank-Direktoriums Dr. v. Glafesnapp. Die Geschäftsräume befinden sich im Gebäude des Reichsbank-Direktoriums in Berlin, Eingang Kleine Zägerstr. 1. Der Geschäftsbetrieb wird am Mittwoch, den 16. April, eröffnet werden.

In der von den Gründern festgesetzten Satzung heißt es u. a.: Die Deutsche Golddiskontbank hat den Zweck, auf Grund in- und ausländischer Kapitalbeteiligung und Kreditgewährung sowie unter Rückbarmachung verfügbarer deutscher Goldreserven mit Hilfe des ihr verliehenen Notenausgaberechtes berechnete Kreditbedürfnisse der heimischen Wirtschaft zu befriedigen. Sie ist als reine Privatbank einer in- oder ausländischen politischen Kontrolle nicht unterworfen. Sie darf in keiner Form dem Reiche, den Ländern oder Kommunen Kredite gewähren oder Garantien für sie übernehmen. Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb von Bankgeschäften und die Ausgabe von Banknoten. Letztere dürfen nur auf Beträge von 5 Pfund Sterling oder einem vielfachen davon lauten. Die Ausgabe von Noten in höherem Betrage bedarf der Zustimmung des Aufsichtsrats. Wertbestände der Bank können, auch soweit sie Notenbedingung sind, bei ausländischen Treuhändern gehalten werden. Als Treuhänder sollen in der Regel ausländische zentrale Notenbanken dienen. Werte, die zur Notenbedingung gehören, dürfen weder belastet noch verpfändet werden. Für die Veröffentlichung der Anweisung gelten die Bestimmungen des § 8 des Bankgesetzes.

Das Grundkapital beträgt 10 Millionen Pfund Sterling in Aktien über je 10 Pfund Sterling und zerfällt in zwei Gruppen A und B. Die Aktien der Gruppe A in Höhe von 5 Millionen Pfund Sterling werden von der Reichsbank übernommen und von ihr voll eingezahlt. Sie lauten auf Namen und sind auf den Namen des Eigentümers im Aktienbuche einzutragen. Die Aktien der Gruppe B von insgesamt 5 Millionen Pfund Sterling lauten auf den Inhaber, werden von den Gründern übernommen und in Höhe von 25 Prozent jeder Aktie sofort eingezahlt. Auf die nicht voll eingezahlten Aktien fordert der Vorstand nach gutachtlicher Anhörung des Aufsichtsrats in bestimmten Fristen weitere Einzahlungen unbeschadet des Rechtes des einzelnen Aktionärs auf jederzeitige Vollzahlung ein. Die Einzahlung ist in vom Vorstande zugelassenen Devisen oder Gold zu leisten.

Süddeutsche Den- und Strohpresse. An der letzten Landesproduktionsbörse stellten sich die Preise für Bienenheute auf 0,8 bis 1,0, für Kleexen auf 10 bis 11, für drahtgepreßtes Stroh auf 8 bis 8,5 Goldmark pro 100 Kilogramm.

Staatsanzeiger

Die persönliche Berechtigung zum Betriebe der Apotheken in Wehr, Amt Schopfheim, wird zur Bewerbung ausgeschrieben. Bewerbungen sind unter Anschluß der erforderlichen Zeugnisse binnen vier Wochen hierher einzureichen.

Karlsruhe, den 9. April 1924.
Der Minister des Innern
J. A. Arnspurger

Bekanntmachung
Apothek in Schönau bei Heidelberg.

Die persönliche Berechtigung zum Betriebe der Apotheken in Schönau bei Heidelberg wird zur Bewerbung ausgeschrieben. Bewerbungen sind unter Anschluß der erforderlichen Zeugnisse binnen vier Wochen hierher einzureichen.

Karlsruhe, den 10. April 1924.
Der Minister des Innern
J. A. Leers

Dem Touristenverein „die Naturfreunde“ Gauleitung Baden in Karlsruhe und dem Kur- und Verkehrsverein Bad Dürkheim wurde die Erlaubnis zur Veranstaltung einer gemeinsamen Geldlotterie erteilt.

Karlsruhe, den 10. April 1924.
Der Minister des Innern
J. A. Leers

Bekanntmachung
Die Prüfung für das höhere Lehramt an Handelsschulen in hier, I. Prüfungsbetr.

Auf Grund der in der Zeit vom 14. bis 20. März 1924 abgehaltenen I. Prüfung für das höhere Lehramt an Handelsschulen ist für Bestanden erklärt worden: König, Otto, von Hippberg, Amts Buchen.

Karlsruhe, den 27. März 1924.
Der Minister des Kultus und Unterrichts
J. A. Schmidt

Jogal-Tabletten

herborragend
bewährt bei D.173

Gicht

Rheuma

Ischias

Hexenschuß

Nerven- und

Kopfschmerzen

Jogal stillt die Schmerzen und scheidet die Harnsäure aus
Alkalisches Erprob

In allen Apotheken erhältlich

Best. 64,3% Acid. acet. salic., 0,400% Chinin, 12,6% Lit., ad 100 Amyl.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten.

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Ernannt:

Kriminalassistent Christian Hägele in Karlsruhe zum Kriminalsekretär, Kriminalassistent Friedrich Bauer in Mannheim zum Kriminalsekretär, Polizeiasistent Adam Schellings in Mannheim zum Polizeisekretär, Polizeiwachmeister Georg Denner in Karlsruhe zum Polizeioberwachmeister, Polizeiwachmeister Josef Kempf in Mannheim zum Polizeioberwachmeister, Polizeioberwachmeister Josef Dentschel in Mannheim zum Revierkommissär, Kriminalassistent Franz Müller in Pforzheim zum Kriminalobersekretär, Kriminalassistent Emil Hartmann in Karlsruhe zum Kriminalobersekretär, Kriminalassistent August Schell in Karlsruhe zum Kriminalinspektor, Kriminalassistent August Bartsch in Mannheim zum Kriminalsekretär.

Versetzt:

Revisionsoberinspektor Wilhelm Lang zum Landeskommissär in Karlsruhe zum Bezirksamt daselbst, Revisionsinspektor Karl Müller in Eppingen zum Bezirksamt Bruchsal, Revisionsinspektor Gottlieb Oberwald in Durlach zum Landeskommissär in Karlsruhe, Revisionsinspektor Emil Pfundstein in Engen zum Bezirksamt Konstanz, Verwaltungsinspektor Rael Egler beim ehem. Bezirksamt Ettlingen zum Bezirks-

amt Engen, Verwaltungsinspektor Emil Kern beim ehem. Bezirksamt Schwetzingen zum Bezirksamt Mannheim.

Die Verwaltungsoberssekretäre Friedrich Bessert beim Bezirksamt Weinheim zu jenem in Mannheim, Walter Hügin beim ehem. Bezirksamt Schwetzingen zum Bezirksamt Mannheim, Karl Mutzsch beim ehem. Bezirksamt Schönnau zum Bezirksamt Schopfheim, Ernst Kühle beim ehem. Bezirksamt Schönnau zum Bezirksamt Konstanz, Otto Rothweiler beim ehemaligen Bezirksamt Eppingen zum Bezirksamt Karlsruhe, Franz Steiert beim Bezirksamt Mannheim zu jenem in Billingen, Georg Steinhilber beim ehem. Bezirksamt Eppingen zum Bezirksamt Heidelberg, Karl Wagner beim Bezirksamt Eppingen zur Polizeidirektion Baden, Friedrich Weisbrod beim ehem. Bezirksamt Schwetzingen zum Bezirksamt Mannheim, Heinrich Böbel beim ehem. Bezirksamt Schwetzingen zum Bezirksamt Mannheim, Kammersekretär Bruno Minder beim ehem. Bezirksamt Schwetzingen zum Bezirksamt Mannheim, Verwaltungsassistent Josef Pütz beim ehem. Bezirksamt Durlach zum Bezirksamt Karlsruhe.

In den einseitigen Ruhestand versetzt:

Die Oberpfleger Friedrich Griesbaum, Benjamin Luz, Bruno Armbruster, Karl Lubberger und Emanuel Kuhl bei der Heil- und Pflegeanstalt Illenau, die Oberpflegerinnen Viktoria Wirt und Hedwig Herbst bei der Heil- und Pflegeanstalt Illenau, Pfleger Albert Stempel bei der Heil- und Pflegeanstalt Illenau, Oberwerkführer Anton Dinger bei der Heil- und Pflegeanstalt Illenau, Beschäftigter Franz Laver Schäbler bei der Heil- und Pflegeanstalt Illenau.

Justizministerium

Ernannt:

Staatsanwalt Dr. Josef Mayer in Lörrach unter Zurücknahme seiner Ernennung zum Oberstaatsanwalt in Heidelberg zum Amtsgerichtsdirektor Freiburg, Staatsanwalt Dr. Wilhelm Weidner bei der Direktion des Landesgefängnisses Freiburg zum Regierungsrat bei der Direktion der Landesstrafanstalten in Bruchsal; die Oberaufseher Heinrich Ruch beim Landesgefängnis Mannheim und Leonhard Schrott beim Kreis- und Amtsgefängnis Konstanz zu Inspektoren.

Versetzt:

Oberstaatsanwalt Eduard Link in Offenburg nach Heidelberg, Referent Johann Kasperer und Reallehrer Hermann Moritz bei der Direktion der Landesstrafanstalten in Bruchsal zur Direktion des Landesgefängnisses Freiburg, Hauptlehrer Hugo Wohlfarth bei der Direktion der Fürsorgeerziehungsanstalt Hiesingen zur Direktion der Landesstrafanstalten in Bruchsal; die Amtsgehilfen Albert Reibel beim Amtsgericht Karlsruhe zum Amtsgericht daselbst und Eugen Rupp beim Amtsgericht Freiburg zum Landgericht Mannheim.

Zurückgesetzt auf Ansuchen:

Justizoberinspektor Lorenz Wierneisel beim Amtsgericht Freiburg, Gerichtsoberverswalter Max Kohrer beim Amtsgericht Pforzheim und Gerichtsvollzieher Emil Baumann in Heidelberg.

Ministerium des Kultus und Unterrichts.

In den einseitigen Ruhestand versetzt:

Hausmeister Georg Hofmann an der Universität Heidelberg.

Wir kommen mit unserer Sonder-Marke

Doppel-Märzen

dieser Tage heraus.

Brauerei Moninger Karlsruhe

Badische Bank

Mannheim — Karlsruhe

B. 898

Hinterlegungsstelle für Mündelvermögen.

Badisches Landestheater.

Sonntag, 13. April. 8^{1/2}—9^{1/2} Uhr. Sp. I 7.20 M. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 801—900, 1601—1900.

Die Zauberflöte.

Konzerthaus Karlsruhe.

Sonntag, 13. April. 7 b. g. 10 Uhr. Park. I 3.—M. **Alt-Heidelberg.**

Eintrachtsaal

Montag, 14. April, 8 Uhr

Tanz-Abend

Hedy Porsch

das 7jährige Tanzwunder Begleitung und Soli: F. Dolz (Violine), J. Pallast (Klavier). — Karten zu 3, 2 u. 1 M. einschl. Steuer bei Kurt Neufeldt, Waldstr. 39

Elektrische Sen- und Getreide-Aufzüge

liefert als langjährige Spezialität

Maschinenwerkstätte Vinz. Geher, Bräunlingen. Telefon 229.

Buchhalterstelle

bei den städt. Kassen alsbald zu besetzen. Gehalt nach Gruppe VIII der städtischen (staatlichen) Besoldungsordnung. Bewerber, welche im Gemeinde-Kassen- und Rechnungswesen, insbesondere in der kameralistischen Rechnungsführung bewandert sind, wollen sich bis 20. I. Mts. melden. D. 265

Nastatt, den 8. April 1924.

Der Oberbürgermeister.

Am Ostersonntag, den 19. April 1924

bleiben unsere sämtlichen Geschäftsräume **geschlossen**

- | | |
|----------------------|---------------------|
| Reichsbankstelle | und deren Depo- |
| Badische Bank | sitenkassen |
| Baer & Elond | Städt. Sparkasse |
| Darmstädter und Na- | nebst Zweigstellen |
| tionalbank Filiale | Straus & Co. |
| Karlsruhe | Süddeutsche Diskon- |
| Ignaz Ellern | togesellsch. A.-G. |
| Veit L. Homburger | Filiale Karlsruhe |
| Mitteldeutsche Cred- | u. deren Depo- |
| ditbank Filiale | siten- |
| Karlsruhe | kassen |
| Rhein. Creditbank | Vereinsbank Karls- |
| Filiale Karlsruhe | ruhe |

Die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche betr.
In Wintersdorf, Amt Nastatt, ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen. B. 112
Karlsruhe, den 10. April 1924. O. 3. 36
Badisches Bezirksamt II.

Fundfachen betr.
Im Monat März wurde eine Anzahl Gegenstände auf dem Fundbüro abgeliefert, deren Verzeichnis in der Medienstelle angeschlagen und auf Zimmer 18 zur Einsicht aufgelegt. B. 111
Karlsruhe, den 8. April 1924. O. 3. 31
Badisches Bezirksamt. — Polizeidirektion.

Buchdruckerei und Verlag

G. m. **G. Braun & S.**
vormals G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag
Karlsruherstraße 14
Karlsruhe

Modern eingerichtete leistungsfähige Buchdruckerei

Herstellung von Werken, Zeitschriften und Druckfachen jeder Art

Schnelle und sorgfältige Ausführung

Gebe umsonst einfaches Mittel gegen lästige Haare **Damenbart** bekannt. D. 247
Frl. Irene Müller, Stuttgart A 7, Sängersfr. 5.

Rußholzversteigerung
des Bab. Forstamts Hohenfeld in Pforzheim für Kleinhandwerker und Selbstverbraucher am Dienstag, den 15. April d. J., vormittags 10 Uhr beginnend, im Restaurant Beck am Markt in Pforzheim aus dem Staatswald Abt. I, II, III, V, VII, X, XII, XIII, XIV und XV. 102 Fannen und Forzen, 71 Eichen, 13 Erlen, 5 Buchen, 1 Birke; Stämme und abschnitte mit 145 Fm. 27 Ster eichenes, 34 Ster forlenes und 14 Ster hainbudenches Rußschichtholz. B. 75

Händler sind von der Steigerung ausgeschlossen. Zugelassen werden nur solche Kaufliebhaber, die ihr Bedarf, bei Handverletern durch eine Beschneidung der Handwerksorganisation oder bei Selbstverbraucher durch eine solche des Bürgermeisterrats vor der Versteigerung dem Forstamte nachweisen. Nähere Auskunft und Listenausgang durch das Forstamt.

Maurerarbeiten für den Umbau der Fabrik bei Segau Km. 198,00 und der Flutbrücken der Elz bei Km. 197,926 und 198,051 der Hauptbahn Offenburg — Freiburg, sowie Eisenarbeiten für den Umbau dieser Flutbrücken der Elz zu vergeben. Pläne und Verdingnisheft auf unserer Kanzlei, Wilhelmstraße 19, zur Einsicht; dort auch

Abgabe der Angebotsvor- drucke. Kein Versand nach auswärts. Angebote mit Aufschrift verschlossen und postfrei bis spätestens 24. April 1924, 10 Uhr vormittags, bei uns einzu- zeichnen. Zuschlagsfrist 14 Tage. B. 115
Freiburg, 10. April 1924.
Bahnbauinspektion.

Hochbauarbeiten zur Er- bauung eines Dienstgebäu- des für 8 Familien auf Station Wintersdorf öf- fentlich zu vergeben. a) Grab- und Maurerar- beiten, b) Steinhauerar- beiten (rote und gelbe Sandsteine), c) Zimmer- arbeiten, d) Wechenerar- beiten, e) Trägerlieferung, f) Dachdeckerarbeiten, g) Schmiedearbeiten. Pläne und Verdingnisheft liegen auf unserem Hochbaubüro im 2. Stock des neuen Auf- nahmegebäudes Karlsruhe zur Einsicht auf, wo auch Angebotsvordrucke von per- sönlich erscheinenden Be- werbern gegen Erzahlung der Selbstkosten in Empfang genommen werden können. Die Kosten für die Ange- botsvordrucke betragen für a) = 65 Pf., für b), d), e), f) und g) je 30 Pf., für c) = 45 Pf. Zusendung der Unterlagen nach auswärts findet nicht statt. Die An- gebote sind verschlossen und mit der Aufschrift, ... arbeiten zum Dienstwohn- gebäude Wintersdorf" ver- sehen, längstens bis Mit- woch, den 23. April 1924, vormittags 11 Uhr, einzu- zeichnen. Zuschlagsfrist 4 Wochen. B. 116.2.1
Freiburg, 11. April 1924
Bahnbauinspektion II.